



NEWSLETTER VON CLAUDIA TAUSED

Veranstaltungshinweis: Heute Abend, 17:30 Bernd Rützel zu: „Wir beenden die Ausbeutung in der Fleischindustrie“

In dem Online-Gespräch auf Facebook berichtet uns Bernd Rützel aus erster Hand, was die SPD-Fraktion zum Arbeitsschutz gegenüber der Union durchsetzen konnte. Die massenhaften Corona-Ausbrüche in Schlachthöfen haben katastrophale Zustände in der Fleischbranche offengelegt. Die Union hatte Verbesserungen im Arbeitsschutz lange blockiert. Nach zahlreichen Verhandlungen konnten wir uns nun durchsetzen. Per Gesetz werden wir Werkverträge im Kernbereich der Fleischindustrie genauso wie Leiharbeit beim Schlachten und Zerlegen verbieten.

Alle Interessierten lade ich herzlich ein sich in das Online-Gespräch einzubringen. Anregungen und Fragen sind willkommen, entweder vorab per E-Mail an bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de oder direkt während der Diskussion.

[Ab 17:30 live auf meiner Facebook-Seite](#)

Wer heute Abend leider keine Zeit hat, hat das Glück, dass Markus Rinderspacher am Freitag, 4. Dezember ab 18:30 noch einmal eine Online-Diskussion mit Bernd Rützel zum Thema auf seiner Facebook-Site anbietet.

[Facebook-Seite von Markus Rinderspacher](#)

Meine Rede zur Zukunft der Innenstädte

Unsere Innenstädte sind Orte des öffentlichen Lebens, sie sind soziale Orte der Begegnung, der Freizeit und der Kultur, des Handels und der Gastronomie. In der Corona-Pandemie stehen sie weitgehend still. Dieser Stillstand beschleunigt den Strukturwandel in vielen Branchen wie dem Einzelhandel. Wir müssen in der aktuellen Krise die zentralen Funktionen der Innenstadt erhalten - die Stabilisierung der Innenstädte und Quartierzentren muss unser aller Anliegen sein. Meine Bundestagsrede zum Thema:

[Meine Rede](#)

Union muss Blockade beim Ausbau der Elektromobilität aufgeben

Der Gesetzesentwurf von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier zum Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG) zum Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur in Gebäuden bleibt weit hinter den aktuellen Erfordernissen für einen beschleunigten Ausbau der Elektromobilität zurück. Dies hat auch der Autogipfel noch einmal eindringlich gezeigt. Auch in monatelangen Verhandlungen und trotz Unterstützung auch der großen Wirtschaftsverbände, ist es nicht gelungen, die Union zum Einlenken zu bewegen. Das haben ich und meine zuständigen Fraktionskolleg*innen in einem Brief deutlich gemacht.

[Mehr dazu](#)

Uns geht die Reform des EEG nicht weit genug

Deutschland ist auf dem Weg in die vollständige Versorgung mit erneuerbaren Energien. Dafür müssen wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz neu fassen. Wir als SPD-Fraktion haben dabei allerdings eine komplett andere Vorstellung als die Union und das Bundeswirtschaftsministerium. Wir können den aktuell vorgelegten bisherigen Gesetzesentwurf daher nicht mittragen. Die EEG-Umlage ist in ihrer derzeitigen Form unsozial. Wir wollen sie abschaffen und eine faire Verteilung der Kosten sicherstellen. Dazu wollen wir die Einnahmen aus dem CO₂-Preis nutzen und Mittel für klimaschädliche Subventionen in die Erneuerbaren Energien umlenken. Wir wollen, dass die Bürger*innen sich an der Wertschöpfung im Bereich der erneuerbaren Energien beteiligen können - egal, ob mit großem oder kleinem Geldbeutel. Wir setzen daher auf einen verstärkten Ausbau des Mieterstroms, die Eigenversorgung in Energiegemeinschaften, kommunale Beteiligungsmodelle und Grünstrom-Anleihen. Wir wollen die Energiewende bezahlbar halten und zugleich beschleunigen. Im Gegensatz zum Entwurf des Bundeswirtschaftsministeriums setzen wir auf einen stetigen und effizienten Ausbau und müssen dafür die Ausbaupfade für 2030 deutlich anheben. Eine Solarpflicht auf Dächern von Neubauten ist dafür ein Baustein.

[Mehr dazu](#)

[Positionspapier der SPD-Fraktion](#)

Der Europäische Green Deal nach Corona

Unter der Leitung des Sozialdemokraten Frans Timmermans soll Europa mit dem „Europäischen Green Deal“ bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt werden. Wie steht es um den Europäischen Green Deal nach Corona? Das diskutierten wir im Europaausschuss mit Bundesumweltministerin Svenja Schulze. Für uns als SPD-Fraktion ist dabei klar, dass der Green Deal als Chance für den Wiederaufbau nach der Corona-Pandemie dienen muss, die europäischen Volkswirtschaften krisenfester zu machen, in nachhaltige Arbeitsplätze zu investieren und eine höhere Lebensqualität zu schaffen.

[Weiterlesen](#)

Wir fördern Renovierung von St. Lukas mit 7,5 Millionen Euro

Direkt aus den laufenden Haushaltsverhandlungen im Bundestag kann ich erfreuliche Neuigkeiten berichten: Die evangelische Kirche St. Lukas im Lehel ist mit einer Fördersumme von 7,5 Mio. Euro in die Förderliste Denkmalschutz des Bundes aufgenommen worden. 7 Mio. Euro sind dabei für die Sanierung des Kirchenbaus und 500.000 Euro für die Sanierung der Orgel vorgesehen. Die Gesamtkosten der Renovierung betragen rund 15 Mio. Euro.

Nicht nur der Kirchenraum selbst bedarf der Renovierung, auch Sanitäranlagen werden erneuert. St. Lukas ist insbesondere auch dafür bekannt eine Anlaufstelle für Bedürftige zu sein. Um weiterhin Essen ausgeben zu können, werden dort Küche, Esszimmer und Sanitäranlagen in Stand gesetzt und die Schlafräume werden grundlegend saniert, damit sie Frauen in Not als Schutzraum dienen können. Die Orgel ist mittlerweile 90 Jahre alt und bedarf einer Überholung und des Ausbaus.

[Mehr dazu](#)

Claudia Tausend MdB

stv. Sprecherin im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie

stv. Sprecherin im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunales

Oberanger 38

80331 München

Tel: 089 - 18 93 28 58

claudia.tausend.wk@bundestag.de

facebook.com/tausendmalbesser

www.claudia-tausend.de